

Beschlussbuch Jusos Unterfranken 2020



Beschlussbuch zur Bezirkskonferenz 2020

X1: Arbeitsprogramm

A1: Die Förderung für Migrant*innenorganisationen und Neue Deutsche Organisationen überdenken und verbessern!

A2: Diskriminierungsschutz im Bildungsbereich ernst nehmen!

A3: Aufstehen gegen Internierungslager in China

1 X1: Arbeitsprogramm für das Jahr 2020

2 Der Bezirksvorstand der Jusos Unterfranken ist ein Gremium, das sowohl politische
3 Veranstaltungen organisiert, als auch politisch inhaltlich arbeitet.

4
5 Unsere Inhalte: engagiert, ökologisch, feministisch

6 **Wie sollte ein modernes Ehrenamt aussehen?**

7 Wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft ist ehrenamtliches Engagement in den
8 verschiedensten Bereichen. Deshalb ist es uns ein großes Anliegen, besonders junge
9 Menschen für ein Ehrenamt zu begeistern. Vielen Vereinen und anderen Organisationen
10 fehlt es an Nachwuchs. Auch die politischen Parteien haben damit zu kämpfen. Unser Ziel
11 ist deshalb politisches Engagement bei jungen Menschen zu fördern. Im kommenden Jahr
12 wollen wir uns der Frage widmen: Wie sollte ein modernes Ehrenamt aussehen? Dazu wollen
13 wir auch mit anderen Jugendorganisationen aus dem Bezirksjugendring ins Gespräch
14 kommen.

16 **Sozialer Klimaschutz**

17 Im vergangenen Jahr haben sich viele junge Menschen vor allem für den projektbezogenen
18 Einsatz für den Klimaschutz bei beispielsweise Fridays for Future eingesetzt. Unsere Aufgabe
19 als politische Jugendorganisation ist es, diesen Einsatz zu bündeln und eine Vision für einen
20 sozialen Klimaschutz zu entwickeln.

22 **Feminismus in unserem Verband**

23 Wir sind ein (queer-)feministischer Richtungsverband, der sich die Förderung von politisch
24 aktiven FLINT* (Frauen, Lesben, Inter-, Nicht-Binäre-, trans Personen) zur Aufgabe gesetzt hat.
25 In unserer alltäglichen politischen Arbeit werden wir unsere Strukturen aus einer (queer-
26)feministischen Perspektive kritisch betrachten und dementsprechend anpassen. Nur so
27 können wir den Frauenanteil bei den Jusos Unterfranken nachhaltig erhöhen. Gemeinsam
28 werden wir debattieren, ob es von uns beeinflusste oder beeinflussbare Umstände gibt, die
29 insbesondere weiblich sozialisierte Menschen von uns fernhalten.

30 Wir werden weiterhin intensiv mit der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF)
31 und der Themenwerkstatt Feminismus der Jusos Bayern zusammenarbeiten.

32 Darüber hinaus wird ein Juso-Frauenplenum mit kurzem Rhetorikseminar stattfinden.
33 Außerdem erarbeiten wir im Vorstand ein Konzept zur Anwerbung weiblicher Neumitglieder.

35 Unsere Verbündeten

36 Auch im kommenden Jahr werden wir uns aktiv in die Themenwerkstätten der Jusos Bayern
37 einbringen und so die inhaltliche Arbeit auch auf bayerischer Ebene vorantreiben. Ebenso
38 sollen auch die anderen Juso-Bezirke zu unseren wichtigsten Partner*innen gehören.

39 Neben den bereits in den letzten Jahren kontaktierten Organisationen werden wir uns auch
40 mit anderen Jugendverbänden austauschen und eine Zusammenarbeit anstreben. Für
41 unsere Arbeit gegen Rechtsextremismus werden wir uns in antifaschistischen Bündnissen
42 engagieren und an der Organisation und Durchführung von Demonstrationen beteiligen.

44 Konkrete Jahresplanung

45 Die Bezirksvorstandssitzungen werden regelmäßig, etwa alle acht Wochen, stattfinden.
46 Zwischen den Vorstandssitzungen werden regelmäßige sowie anlassbezogene
47 Telefonkonferenzen stattfinden. Die konstituierende Bezirksvorstandssitzung wird im Rahmen
48 einer eintägigen Klausurtagung abgehalten werden.

- 1 Die Zusammenarbeit mit den Unterbezirken liegt uns besonders am Herzen.
- 2 Aus diesem Grund wird der Bezirksvorstand eine regelmäßige Plattform anbieten, auf der
- 3 sich die Unterbezirksvorsitzenden bzw. die Unterbezirksvorstände austauschen können. Um
- 4 Fahrkosten und -zeiten zu sparen wird dies meist in Form von Telefonkonferenzen stattfinden.
- 5

- 1 **A1: Antragsteller*innen:** Jusos Würzburg Stadt
2 **Adressat*innen:** Landeskonferenz Jusos Bayern, Juso-Bundeskongress, SPD-Landesparteitag,
3 SPD-Bundesparteitag, SPD-Bezirksparteitag
4

5 **Die Förderung für Migrant*innenorganisationen und Neue Deutsche**
6 **Organisationen überdenken und verbessern!**

7
8 Wir fordern:

9 Die Förderpolitik für Migrant*innenorganisationen (MO) und Neue Deutsche Organisationen
10 (NDO) muss sich grundlegend ändern und deutlich verbessert werden. Dazu braucht es:

- 11 1. Eine Einbindung von MOs und NDOs in die Ausgestaltung von Förderprogrammen. So
12 können ihre Strukturen und Bedürfnisse in den Förderrichtlinien wiedergespiegelt
13 werden
14 2. Eine Erweiterung der strukturelle Förderung von MOs und NDOs auf Bundesebene und
15 das Versehen mit einem eigenen Titel beim Haushalt
16 3. Eine direkte Partizipation von MOs und NDOs an der Regelförderung. Nicht nur im
17 Integrationsbereich, sondern auch als Träger der Regelangebote der sozialen Arbeit,
18 wo ein hohes Potenzial gegeben ist
19 4. Eine Finanzierung von Kompetenzzentren für MOs und NDOs. In diesen Stellen
20 bekommen die Organisationen Hilfe bei der Beantragung von Fördergeldern und der
21 Abwicklung von Projekten. Der Bund soll sich an den Kosten für die Einrichtung solcher
22 Servicestellen beteiligen. Als Beispiel kann hier das vom BAMF geförderte House of
23 Resources herangezogen werden
24 5. Eine Nennung von MOs und NDOs als ausdrückliche Zielgruppe der Förderung. In
25 rund 294 Förderprogrammen des Bundes und der Länder für Vereine und Verbände
26 im Bereich der Integration, die auf der Bundesförderdatenbank zu finden sind,
27 werden MO nur in 13 Förderprogrammen explizit als Antragsberechtigte benannt
28 6. Eine Ausweitung des vom BAMF ausgehenden Programms „Strukturförderung von
29 Migrantorganisationen auf Bundesebene“, bei dem bisher nur eine kleine Anzahl
30 an Organisationen beim Aufbau von Strukturen gefördert wird und das mit einer
31 Befristung auf zwei Jahre zu kurz greift
32

33 Jede vierte Person hatte 2018 einen Migrationshintergrund in Deutschland – das sind 20,8
34 Millionen Menschen. Genauso wie die Bevölkerung Deutschlands ist auch die Geschichte
35 des Landes von Migration geprägt. Migration ist daher kein Ausnahmefall, sondern
36 Lebensrealität von vielen Menschen. Migrant*innenorganisationen (MO) und Neue
37 Deutsche Organisationen (NDO) sind so vielfältig wie die Gesellschaft Deutschlands und
38 tragen mit ihrem Engagement zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Sie sind ein
39 Ausdruck einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft und fester Bestandteil der
40 politischen Landschaft.

41 MOs und NDOs bieten auf lokaler Ebene soziale Dienstleistungen an, führen Maßnahmen
42 der Jugendsozialarbeit und Jugendhilfe durch, sind aktiv in der Gesundheitsförderung und
43 Integration in den Arbeitsmarkt. Sie bieten Personen mit Einwanderungsgeschichte die
44 Möglichkeit, ihre Anliegen zeitnah und kulturell sensibel zu lösen. Das wurde und wird
45 eindrucksvoll in der Unterstützung der Menschen, die bei uns Zuflucht gesucht haben,
46 gezeigt.

47 Viele Organisationen tragen ihre Aktivitäten auf rein ehrenamtlicher Basis – es gibt kaum
48 Organisationen mit hauptamtlicher Struktur und wenn dann meistens nur auf Projektbasis
49 finanziert und damit finanziell nicht längerfristig gesichert. MOs und NDOs wurden sehr lange
50 aus der Förderung faktisch ausgeschlossen, werden auf der anderen Seite aber von einigen
51 Kommunen und auf Bundesebene mit allen möglichen Anfragen und Terminen

- 1 überschüttet, ohne dass dabei tatsächlicher Zugang zu Ressourcen
- 2 stattfindet. Viele Akteur*innen nehmen sie nur als Zugangstor zu bestimmten Zielgruppen
- 3 wahr.
- 4 Damit MOs und NDOs ihre Arbeit fortsetzen können, müssen Verantwortliche auf Bundes-
- 5 und Landesebene Schritte unternehmen, um Förderstrukturen stärker für MOs und NDOs zu
- 6 öffnen und ihre längerfristige Finanzierung garantieren.
- 7

- 1 **A2: Antragsteller*innen:** Jusos Würzburg Stadt
2 **Adressat*innen:** Landeskonferenz Jusos Bayern, Juso-Bundeskongress, SPD-Landesparteitag,
3 SPD-Bundesparteitag, SPD-Bezirksparteitag
4

5 **Diskriminierungsschutz im Bildungsbereich ernst nehmen!**

6

7 Wir fordern:

8 Die Umsetzung eines effektiven Diskriminierungsschutzes im Bildungsbereich durch:

- 9 1. Eine Änderung der Landesschulgesetze und innerhalb dieser eine Verankerung des
10 Diskriminierungsschutzes
11 2. Einführung von umfangreichen Landesantidiskriminierungsgesetzen
12 3. Einrichtung von unabhängigen Informations- und Beschwerdestellen und ihre
13 Einbindung in Landesstrukturen
14 4. Einrichtung von Antidiskriminierungsbeauftragten für Schulen/Kitas in der
15 Bildungsverwaltung
16 5. Mehr finanzielle Ressourcen für (Antidiskriminierungs-)Beratungsstellen
17 6. Verpflichtende diskriminierungskritische Inhalte in der Lehrer*innen-Ausbildung und -
18 Fort/Weiterbildung
19 7. Unterstützung von Schulen durch Schulentwicklungsprogramme, externe
20 Berater*innen, Schulungen, usw. zu diskriminierungskritischen Schulen
21 8. Entwicklung und Verbreitung von diskriminierungskritischen Lern- und
22 Schulmaterialien
23 9. Verankerung von Empowerment- und Sensibilisierungsangeboten für Schüler*innen

24

25 Niemand darf aufgrund von Behinderung, ethnischer Herkunft, Geschlecht oder
26 Geschlechteridentität, Hautfarbe, Lebensalter, sexueller Identität, sozio-ökonomischen
27 Status, etc. diskriminiert werden. Diskriminierungsverbote lassen sich in verschiedenen
28 gesetzlichen Regelungen vorfinden. Auf EU-Ebene schützt die Antirassismusrichtlinie auch
29 vor Diskriminierung im Bildungsbereich. Deutschland hat hierzu entsprechende Vorgaben
30 zur Umsetzung bekommen. Jedoch findet sich im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz
31 (AGG) dazu keine Regelung, da hier die Bundesländer zuständig sind. Bundesweit hat noch
32 kein einziges Bundesland diese gesetzlichen Verpflichtungen umgesetzt. Eine rechtliche
33 Ausgangslage für die konkrete Umsetzung zum Diskriminierungsschutz muss die Änderung
34 der Landesschulgesetze und zum anderen die Verabschiedung umfassender
35 Landesantidiskriminierungsgesetze (LADG) bilden.

36 Bildungsverwaltungen für Schulen und Kitas sind bundesweit aufgrund nationaler und
37 internationaler gesetzlicher Grundlagen verpflichtet, diskriminierungsfreie Bildung
38 umzusetzen. Erfahrungen zeigen aber, dass derzeit bestehende rechtliche Regelungen
39 unzureichend und wirkungslos sind. Menschen, die in Schulen und Kitas von Diskriminierung
40 betroffen sind, sind oft ratlos, an wen sie sich wenden sollen, in welchem Umfang sie
41 diskriminiert worden sind und was sie dagegen machen können. Die Beratung solcher Fälle
42 übernehmen meistens nichtstaatliche Beratungsstellen und Vereine, die jedoch nur einen
43 eingeschränkten Handlungsspielraum haben, da z.B. Schulen und Kitas nicht verpflichtet
44 sind, auf Beschwerdebriefe einzugehen.

45 In den Landesschulgesetzen gibt es keine klare Definition von Diskriminierung, damit fehlt
46 auch eine Grundlage für praktisches Handeln und ein formales Beschwerdeverfahren.
47 Daneben fehlen auch Angaben zur Zuständigkeit, Verfahren, Beweisregelungen und
48 Sanktionsmöglichkeiten.

- 1 Der Mangel an nötigen Strukturen, lückenhaftes Wissen, schlechte
- 2 Qualifizierung und zu geringes Bewusstsein zum Vorliegen einer Diskriminierung führt in
- 3 Institutionen und bei Akteur*innen zu Handlungsunsicherheit und macht die Umsetzung von
- 4 Diskriminierungsschutz unmöglich. Das ist gerade für Kinder, die in der Kita- und Schulzeit in
- 5 ihrer Identitätsentwicklung stecken, fatal.
- 6

1 **A3: Antragsteller:** Jusos Aschaffenburg

2 **Adressaten:** Bezirkskonferenz der Jusos Unterfranken, Landeskonferenz der Jusos
3 Bayern, Landesparteitag der BayernSPD

4

5 **Aufstehen gegen Internierungslager in China**

6

7 Vor dem Hintergrund der Errichtung von Internierungslagern in der chinesischen Provinz
8 Xinjiang fordern die Jusos Aschaffenburg die Adressaten dazu auf folgenden Antrag an den
9 Bundesparteitag zu überweisen:

10 Wir fordern den Bundesvorstand dazu auf im Auswärtigen Amt für die Prüfung von
11 Sanktionen gegen natürliche und juristische Personen und Unternehmen einzutreten, die

12

13 a) An der Bereitstellung von Technologie für den Aufbau und Betrieb von
14 Internierungslagern in Xinjiang beteiligt sind

15 b) An politischen und bürokratischen Entscheidungen zur Errichtung und zum Betrieb
16 dieser Lager beteiligt sind

17 c) In den Lagern in leitender Funktion tätig sind

18

19 Es ist zu überprüfen, inwiefern Folgendes in Kraft gesetzt werden kann

20

21 a) Ein Verbot der Einreise nach Deutschland und der Durchreise aller sanktionierten
22 natürlichen Personen

23 b) Das Einfrieren aller Vermögenswerte der sanktionierten natürlichen und juristischen
24 Personen in Deutschland

25

26 Weiterhin ist zu prüfen ob

27

28 a) Die Zahlung von Geldern für Entwicklungshilfe an China seitens der Bundesrepublik
29 beendet werden kann

30 b) Ein Verbot der Ausfuhr von Überwachungstechnologie an China die genutzt werden
31 kann um politische Gegner und Mitglieder ethnischer Minderheiten ausfindig zu
32 machen

33 c) Der Schutz von ehemaligen politischen Häftlingen aus Diktaturen und Kriegsgebieten,
34 hier am Beispiel der Volksrepublik China, verbessert werden kann

35

36 Die chinesische Regierung hat in der Provinz Xinjiang 1200 Lager mit über einer Million
37 Insassen errichtet, in denen sie die ethnische Minderheit muslimischer Chinesen, die Uiguren¹
38 interniert. Inhaftierte berichten von Vergewaltigung und Folter², sogar grundlegende
39 menschliche Bedürfnisse wie Gänge auf die Toilette sind beschränkt.

40 Auch deutsche Unternehmen sind an der Überwachung der Uiguren, die zu deren
41 Inhaftierung in Lager führt, beteiligt. Siemens unterhält beispielsweise eine
42 Technologiepartnerschaft mit dem verantwortlichen chinesischen Militärunternehmen und
43 die KfW finanziert den Bau einer U-Bahn in der Provinzhauptstadt deren Ticketsystem Teil der
44 Massenüberwachung ist³.

45

¹ Vgl. <https://www.welt.de/politik/ausland/article203817168/China-Leaks-Schwerste-Menschenrechtsverletzungen-gegen-Uiguren.html>, zuletzt aufgerufen am 1.12.2019

² Vgl. <https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-11/china-cables-internierungslager-uigueren-xinjiang-ueberwachung>, zuletzt aufgerufen am 1.12.2019

³ Vgl. <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/menschenrechte-in-china-welche-rolle-deutsche-konzerne-beim-uiguren-konflikt-spielen/25285678.html>, zuletzt aufgerufen am 1.12.2019

- 1 Die deutsche Geschichte lehrt uns, dass die Internierung von Menschen auf
- 2 Grund ihrer ethnischen Zugehörigkeit und ihrer Religionszugehörigkeit in streng bewachten
- 3 Lagern einen beispiellosen Akt der Barbarei darstellt, der durch entschlossenes Handeln der
- 4 Staatengemeinschaft sofort zu beenden ist.
- 5 Der Gedanke, dass deutsche Unternehmen Technologie und Gelder für dieses Lager- und
- 6 Überwachungssystem bereitstellen ist unerträglich. Das die verantwortlichen Beamten und
- 7 Parteifunktionäre nach Belieben in Deutschland reisen dürfen und freien Zugriff auf ihr sich
- 8 in Deutschland befindliches Vermögen haben ist vollkommen unverständlich.
- 9
- 10 Die Bundesregierung muss deshalb durch den Einsatz von individuellen Sanktionen ihre
- 11 Möglichkeiten der Einflussnahme nutzen und somit der historischen Verantwortung
- 12 Deutschlands gerecht werden.
- 13